

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN  
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE  
DER GARTENFREUNDE PANKOW  
E.V. UND DER KLEINGÄRTNER  
BERLIN-WEIßENSEE E.V.**

**ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021**

# Stadtplanung

## **1. Wie gewährleistet Ihre Partei zukünftig die Bürgerbeteiligung bei großen Bauprojekten?**

### **Antwort:**

Bürgerbeteiligung muss ihren Namen verdienen. Sie ist für uns ein selbstverständlicher Teil der politischen Entscheidungsvorbereitung. Anstelle ausschweifender, kosten- und zeitintensiver Beschäftigungstherapie wollen wir Beteiligungsformate schaffen, deren Zeitrahmen und Entscheidungsspielräume klar definiert ist. Es muss aber jedem Beteiligten von vornherein klar sein, wer wann worüber entscheidet und welche konkreten Fragestellungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung geklärt werden sollen. Nichts schadet der Akzeptanz eines Vorhabens mehr als lediglich vorgeschobene Partizipation.

Durch eine Kommunikationsoffensive und digitale Technologien wie das „3D-Stadtmodell“ wollen wir die Teilhabe an Planungsverfahren verstärken und Planungsvarianten und ihre jeweiligen Auswirkungen auf das städtische Umfeld besser greifbar und nachvollziehbar machen. Wir müssen erreichen, dass Beteiligungsverfahren nicht mehr von „Zeit-Eliten“ dominiert werden, sondern die gesellschaftliche Breite einbeziehen. Bürgerbeteiligung in Berlin muss endlich auch diejenigen Menschen einbeziehen, denen oft die Zeit fehlt für aufwendige und komplexe Veranstaltungen und Werkstattverfahren. Wir wollen deshalb eine „aufsuchende Beteiligung“ stärken und suchen den Dialog an Haustüren und Gartenzäunen.

Auf übergeordneter Ebene wollen wir ein Berlin-Forum etablieren, das als gemeinsames Gremium von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung auf Augenhöhe mit den politischen Entscheidungsträgern die wichtigen Richtungsentscheidungen der Berliner Stadtentwicklung vorbereitet.

## **2. Jeden Tag gehen viele m<sup>2</sup> Freifläche durch Bebauung verloren ("Baulücken" mit Hecken, Wiesen und Bäumen). Luftbilder zeigen, wie die Versiegelung deutlich voranschreitet. Wie wollen Sie hier in Zukunft Lebensräume für Tiere (z.B. Gebäudebrüter und Fledermäuse) sowie Pflanzen erhalten? Planen Sie z.B., für Neubaugebiete den Einbau von Nistkästen und das Anlegen von Fassadenbegrünungen verbindlich zu regeln?**

### **Antwort:**

Kaum eine Metropole hat so viele Grünflächen wie Berlin. Ausgedehnte Waldgebiete und etwa 2.500 öffentliche Grünanlagen bieten Erholungsmöglichkeiten für alle Berlinerinnen und Berliner und sind ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität in unserer Stadt. Deshalb setzen wir uns

dafür ein, das Grün in unserer Stadt nicht nur zu erhalten und zu pflegen, sondern im Spannungsfeld zwischen Flächenverbrauch, Nachverdichtung und Lebensqualität neue Wege zu gehen.

Wir wollen einen „Grün-Schlüssel“ einführen, damit in allen neu zu planenden Quartieren eine Grundversorgung mit Grüner Infrastruktur von mindestens 6 m<sup>2</sup> wohnortnaher, öffentlicher Grünfläche pro Einwohner/in von vornherein mitgeplant wird. In Quartieren und Kiezen, in denen dieser Schlüssel unterschritten ist, sollen Grünflächen grundsätzlich erhalten bleiben. Wir wollen vor allem durch Lückenschlüsse, Dachausbauten, Hausaufstockungen und eine ambitionierte Höhenentwicklung die dringend notwendige Nachverdichtung ermöglichen. Auch bisher planungsrechtlich noch nicht dauerhaft gesicherte Grünflächen, beispielsweise nicht mehr zu Bestattungszwecken benötigte Friedhöfe, sollen als grüne Infrastruktur geschützt bleiben.

Darüber hinaus muss die Dach- und Fassadenbegrünung, wo immer sie sinnvoll und möglich ist, besser als bisher gefördert werden. Neben entsprechenden Förderprogrammen sind vor allem die oft hinderlichen Bau- und Denkmalschutzvorschriften so zu ändern, dass der gegenwärtige Anteil von etwa vier Prozent bepflanzter Dächer in Berlin in den nächsten fünf Jahren verdoppelt wird. Bepflanzte Dächer und Fassaden haben einen positiven Effekt beim Regenwassermanagement und tragen zu einer spürbaren Verbesserung von Stadtklima und Luftqualität bei. Sie leisten einen nachhaltigen Beitrag zur Dämmung und Isolierung. Öffentlichen Liegenschaften kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu. Freizeit-, Sport- oder Erholungsflächen, sollen gleichzeitig als Versickerungs- und Wasserrückhalteflächen dienen (sogenannte „Multicodierung“).

### **3. Der Bedarf an Wohnraum steigt. Wie werden Sie klimafreundliche Siedlungsstrukturen fördern, um diesen Bedarf zu decken?**

#### **Antwort:**

Im Rahmen der Energiewende gilt es, alle sinnvollen Alternativen in Betracht zu ziehen. Die Nutzung von Solarenergie ist ein Baustein auf dem Weg zu einer klimafreundlichen Stadt. Sie ist nicht die Lösung aller Energieprobleme, kann aber auch in unseren Breiten einen wichtigen Beitrag leisten. Ziel muss es sein, möglichst schnell möglichst viele Ressourcen zusammenzubringen, um die Nutzung solarer Energie in Berlin umfassend ausbauen zu können. In unserer Stadt werden gegenwärtig lediglich 0,7 Prozent des Strombedarfs aus Solarenergie produziert. Für eine nachhaltige Versorgungssicherheit muss der Ausbau regenerativer Energien zwingend beschleunigt und die Energieeffizienz gesteigert werden.

Im Zuge der energetischen Sanierung sollen die Dachflächen von öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften sowie Wirtschaftsgebäuden – wo möglich und sinnvoll – zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Solar- und Windenergie nutzbar gemacht werden. Mit gezielten Anreizen soll dies auch für Gebäude in privater Hand umgesetzt werden.

An zentralen innerstädtischen Orten wie Parkplätzen vor Einkaufszentren und Supermärkten soll die Parkplatzflächen mit Photovoltaik-Anlagen partiell überdacht werden. Die so gewonnene elektrische Energie kann in begrünten Containern mit modernster Solarspeichertechnik zum Laden für Elektromobile, private PKW und gewerbliche Carsharing-Anbieter genutzt werden. Das so entstehende Smart Mini-Grid kann rund um die Uhr genutzt werden.

Viele Firmen haben den Wunsch, mehr Energie (Strom, Wärme, Kälte) selbst zu produzieren und diese zu nutzen. Hier sind die bürokratischen Hürden zu senken.

Außerdem wollen wir eine Solar-Datenbank für Berlin etablieren. Auf dieser Online-Plattform sollen alle bekannten Informationen zu geeigneten Standorten für Solarthermie und PV-Anlagen in Berlin veröffentlicht werden. Ziel der Solar-Datenbank ist es, Inhaber geeigneter Flächen mit möglichen Nutzern zusammenzubringen, die ein Interesse haben, auf diesen Flächen Solarthermie oder PV-Anlagen zu errichten.

Berlin muss zukünftig noch mehr auf nachhaltige Baumaterialien wie Holz zurückgreifen. Dieses ist nicht nur nachhaltig, sondern aufgrund seiner Vorfertigungsmöglichkeiten auch ein schnelles und kostengünstiges Baumaterial, das sich besonders gut für die Nachverdichtung in den Innenstadtlagen eignet. Auch die Forschung und Lehre im Bereich alternativer Baustoffe wollen wir unterstützen und verstärken. Ziel ist es, die Fachbereiche Bauphysik und Baustoffkunde etc. mit entsprechenden Mitteln auszustatten, um klimafreundlichere Materialien und Technologien für den Baubereich zu entwickeln.

Der CDU Berlin ist es zudem wichtig, bei allen Planungen zu neuen Bauvorhaben ausreichend Stadtgrün vorzuhalten („Grünschlüssel“) und eine ausreichende Anzahl an Naherholungsflächen in der Innenstadt sicherzustellen.

**4. Mit welchen Maßnahmen werden Sie ein lebenswertes Berlin, insbesondere im Bezirk Pankow, gestalten, deren Flächen vorrangig für die Menschen da sind, weniger für Parkraum und Autoverkehr?**

**Antwort:**

Die CDU Berlin steht für ein faires Miteinander aller Mobilitätsformen, in der neben dem ÖPNV, den Fußgängern oder Radfahrern auch das Auto seinen notwendigen Platz hat. Auch in 20 oder 30 Jahren werden sich Menschen im eigenen Pkw durch die Stadt bewegen, sicherlich mit nachhaltigen Antrieben und neuen Materialien. Viele Menschen sind auf diese Form der individuellen Mobilität angewiesen – zum Beispiel Familien mit Kindern, Ältere und natürlich auch Handwerker, Dienstleister und dergleichen mehr.

Gleichzeitig ist es natürlich für Natur und Stadtbild positiv ist, wenn weniger Autos in der Stadt unterwegs sind. Deshalb wollen wir insbesondere die Pendlerverkehre aus der Stadt heraushalten und die Anreize zum Umstieg auf den ÖPNV durch Taktverdichtung und Netzausbau stärken. Auch die Schaffung von Parkhäusern und Tiefgaragen kann dazu beitragen, Nutzungskonflikte im Straßenraum zu reduzieren und damit den öffentlichen Raum in Berlin noch lebenswerter zu gestalten.

**5. Der Klimawandel ist heute schon spürbar. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Berlin, insbesondere um den Bezirk Pankow, an die Veränderung des Klimas anzupassen?**

**Antwort:**

Die wachsende Stadt führt zu einer zunehmenden Versiegelung wertvoller Flächen, gleichzeitig steigt der Bedarf an Wasser durch die zunehmende Bevölkerung und den Klimawandel. Durch die Urbanisierung des Stadtraumes fehlt es zunehmend an klimatisch wirksamer und grüner Infrastruktur - Bäumen und Flächen für die Regenwasser-versickerung. Hinzu kommen Zielkonflikte bei der Erschließung neuer Stadtquartiere und nur begrenzt zur Verfügung stehender Flächen.

Einige Maßnahmen zur Anpassung Berlins an die Folgen des Klimawandels sind oben bereits beschrieben. Ein weiterer wichtiger Baustein unserer Klima-Agenda ist es, innerhalb eines Jahres nach Regierungsantritt ein Sofort-Programm zur Pflanzung von 10.000 hitze- und trockenheitsresistenten Stadtbäumen umsetzen. Die momentan vorhandenen etwa 431.000 Stadtbäume sollen durch den Ausbau der Stadtbaumkampagne besser gepflegt werden, insbesondere durch zusätzliche Wässerung in Hitzephasen. Wir streben eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit lokalen Baumschulen an. Unser Ziel sind 500.000 Stadtbäume in Berlin.

## **6. Wie steht ihre Partei beim Wohnungsbau zur Vertikalverdichtung statt weiterer Flächenversiegelung?**

### **Antwort:**

In der wachsenden Metropole Berlin sind die Grundstücksflächen begrenzt. Die Zeiten, in denen in Berlin ein Überfluss an Bauflächen herrschte, sind vorbei. Deshalb muss die knappe Ressource innerstädtischer Flächen sinnvoll bewirtschaftet werden.

Für die CDU Berlin ist das Wachstum in die Höhe – wie in allen Metropolen Europas und der Welt – eine Möglichkeit, um dem steigenden Wohnungsbedarf nachzukommen. Wie Hochhäuser harmonisch in bestehende Stadtgefüge eingefügt werden können, wollen in einem Hochhausentwicklungsplan erarbeiten. In diesem soll verbindlich geklärt werden, wie hoch die neu zu bauenden Häuser sein dürfen, um eine ästhetische und strukturierte Bebauung in der Stadt sicherzustellen. Neben geeigneten Orten wie dem Alexanderplatz, Potsdamer Platz, Hauptbahnhof und der City West könnten insbesondere Verkehrsknotenpunkte am S-Bahn-Ring und Wohnhochhäuser in besonderen Lagen, z.B. als Randfassungen an inneren und äußeren Freiräumen sowie Wasserlagen identifiziert werden. Außerdem spricht sich die CDU Berlin für die Anhebung der Berliner Traufhöhe aus, um auch in den Gründerzeitvierteln ein weiteres vollständiges Dachgeschoss realisieren zu können, ohne den historisch gewachsenen Charakter zu zerstören. Auch flache Supermarktbauten wollen wir durchgängig mit Wohnungen oder Büroflächen überbauen. Diese Maßnahmen sind gerade innerhalb des S-Bahn-Ringes ein wichtiger Faktor, um mehr Wohnungen und Gewerbeflächen durch Nachverdichtung zu schaffen.

## **Grün**

### **1. Wie wollen Sie Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen, die für die Luftqualität von entscheidender Bedeutung sind, erhalten?**

#### **Antwort:**

Die in jedem Einzelfall umstrittene Frage, welchen Beitrag welche Art von Freifläche für ein gutes Stadtklima leistet, werden wir auch weiterhin durch die konsequente Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise in die politischen Abwägungsentscheidungen einbeziehen.

**2. Was werden Sie tun, um die zunehmende Anlage von privaten „Stein-/Schottergärten“ einzudämmen? Was halten Sie davon, Vorgärten mit insektenfreundlichen Pflanzen vorzuschreiben?**

**Antwort:**

Reine Stein- bzw. Schottergärten sind mit vielen ökologischen Nachteilen verbunden. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Gärten nur spärlich bepflanzt oder sogar mit speziellem Gartenvlies vom Nährboden abgeschottet sind. Wir werden die Aufklärung über diese Nachteile gegenüber Privateigentümern verstärken und insbesondere auf den öffentlichen Flächen mit gutem Beispiel vorangehen. Den Gartenfreunden unserer Stadt eine bestimmte Art von Bepflanzung vorzuschreiben, entspricht hingegen nicht unserem freiheitlichen Menschen- und Gesellschaftsbild.

**3. Es ist bekannt, dass insgesamt die Insektenbestände dramatisch zurückgehen. Wie wollen Sie die Verbreitung heimischer Pflanzen fördern und die Vernetzung von insektenfreundlichen Grünflächen/Kleingärten sicherstellen? Welche Bedeutung haben dabei Kleingärten im Erhalt der Biodiversität?**

**Antwort:**

Wir sind stolz auf die Biodiversität in unserer Stadt und werden sie weiter fördern und erhöhen. Der Anteil von Wildwiesen in den Berliner Parks ist weiterhin steigerungsfähig. Sie dienen als Nahrungsquelle und Lebensorte für Insekten und Kleinstlebewesen. Durch Beschilderung werden Wildwiesen zudem als kleine lokale Lernorte ausgewiesen.

**4. Die Bevölkerungszahl von Pankow wächst stetig. Die Parks sind durch die hohe Besucheranzahl bereits stark belastet und stark verschmutzt. Dadurch erhöht sich auch der Naherholungs-Nutzungsdruck auf die sensiblen Naturschutz-/Landschaftsschutzgebiete. Wie und wo wollen Sie der weiterhin zunehmenden Bevölkerung Grün- und Naherholungsflächen zur Verfügung stellen?**

**Antwort:**

Wohnortnahes Grün ist und bleibt für uns ein wesentlicher Bestandteil der lebenswerten Stadt und wird von uns mit vielfältigen Maßnahmen unterstützt, siehe oben.

**5. Wie steht ihre Partei zur Förderung der Nahversorgung und damit der Resilienz durch die Ausweitung von Kleingartenanlagen (Anpassung der Flächen an den Einwohnerzuwachs)?**

**Antwort:**

Wir unterstützen die vielfältigen Formen des Gärtnerns in unserer Stadt. Sie stehen für Naturnähe, haben eine wichtige soziale Funktion und sind zugleich ein weiterer Eckpfeiler der Lebensqualität in unseren Kiezen. Die Parzellen sind kulturelles Erbe und Teil der DNA unserer Stadt. Durch sie wird Berlin lebenswerter, sie leisten einen entscheidenden Beitrag für ein gesundes Klima. Wir wollen diese Vielfalt und Lebensqualität bewahren.

Kleingartenanlagen besitzen ein erhebliches ökologisches Potenzial. Die gemeinschaftlichen Grünflächen haben als Rückzugsflächen für die Tier- und Pflanzenwelt innerhalb des Stadtgebietes eine große Bedeutung. Sie können und müssen deshalb auch bei der Durchführung von bau- bzw. naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen berücksichtigt werden. Wir streben deshalb sowohl für Kleingärten als auch für Gemeinschaftsgärten die Erschließung neuer Flächen an und haben dafür auch bereits konkrete Vorschläge unterbreitet, wie zum Beispiel die Schaffung von 2000 neuen Kleingärten in Tegel.

**6. Welche Maßnahmen werden Sie unterstützen, damit der Boden als CO<sub>2</sub>-Speicher geschützt und gefördert wird? Welche Rolle sollen dabei Kleingärten spielen?**

**Antwort:**

Bodenschutz ist Klimaschutz. Der Erhalt – und die Schaffung zusätzlicher – Berliner Kleingärten ist ein Beitrag, CO<sub>2</sub>-Speicherung im Boden zu unterstützen und zu fördern.

**7. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Berlin, insbesondere im Bezirk Pankow, die Kultur der Gemeinschaftsgärten, des „Urban Gardening“, der Kleingärten oder vergleichbare Projekte nutzbringend verbindet und unterstützt?**

**Antwort:**

Städtisches Grün ist für die Menschen in unserer Stadt unverzichtbar. Wir brauchen die Straßenbäume und -beete sowie Gärten und Parks aber nicht nur aus ökologischer oder ästhetischer Sicht. Sie haben auch einen ebenso hohen sozialen Wert. Den zahlreichen städtischen Kleingartenanlagen kommt zudem noch eine ganz besondere kulturelle Bedeutung zu.



Die vielfältigen Formen des Gärtnerns bringen die Natur zurück in die Stadt und sind zugleich Eckpfeiler der Lebensqualität. Denn Gärtnern erdet den Menschen, und zwar im wahrsten Sinn des Wortes, es entschleunigt und schafft Abstand von den Herausforderungen des Alltags. Deshalb wollen wir den Kleingärtnern Planungssicherheit geben, das Urban Gardening unterstützen und vor allem mehr Schulgärten anlegen.

### **8. Sehen Sie gesetzliche Möglichkeiten landeseigene Kleingartenflächen dauerhaft zu sichern? Wenn ja, welche?**

#### **Antwort:**

Wir wollen die landeseigenen Kleingärten in eine „Stiftung Berliner Stadtgärten“ überführen und die Kleingartenflächen so dauerhaft sichern. Gesetze können jederzeit geändert werden. Mit einer Stiftung können wir eine wirklich bestandssichernde Lösung für die Berliner Kleingärten schaffen.

### **9. Welche Vorschläge haben Sie, um Kleingartenflächen auf privatem Grund und Boden dauerhaft zu sichern?**

#### **Antwort:**

Private Kleingartenflächen müssen über den Flächennutzungsplan und Bebauungspläne gesichert werden (und hätten schon längst gesichert werden können), was einer gesetzlichen Sicherung gleichkommt. Die fehlende Gesetzgebungskompetenz des Landes Berlin für das Kleingartenrecht macht es schwierig, darüber hinaus gesetzliche Regelungen zu treffen. Sie wären bei Umsetzung unserer Vorschläge allerdings auch gar nicht erforderlich.

### **10. Unterstützen Sie die Gesetzesinitiative zum Erhalt der Berliner Kleingartenflächen?**

#### **Antwort:**

Wir stehen an der Seite der Berliner Kleingärtner und setzen uns für den Erhalt von Kleingärten sowie Planungs- und Rechtssicherheit für unsere „Laubenpieper“ ein. Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat deshalb eine Reihe von Initiativen zur dauerhaften Sicherung der Berliner Kleingärten gemacht, die wirksamer sind und weiter gehen als eine (wahrscheinlich gar nicht mögliche) gesetzliche Sicherung, siehe oben.

Wir halten die Diskussion über eine Gesetzesinitiative zum Erhalt der Berliner Kleingartenflächen bisher nicht für zielführend, da sie vor allem rechtliche Probleme aufwirft, für politische Schaukämpfe innerhalb der Koalition sorgt und viel Zeit gekostet hat, die wir längst für die Sicherung der Kleingärten hätten nutzen können.

## **11. Welche Vorschläge haben Sie zur Neuschaffung von Kleingartenflächen?**

### **Antwort:**

Die Zahl der Berliner Kleingärten geht seit Jahren zurück. Dem gegenüber steht in der wachsenden Metropole nicht nur eine steigende Nachfrage insbesondere junger Familien, sondern insbesondere eine zunehmende Bedeutung der Berliner Kleingartenflächen als Orte der ökologischen Vielfalt und des Klimaschutzes. Wichtig sind für uns auch die Gemeinschaftsgärten, die für jedermann offen sind. Für beide Formen der gärtnerischen Nutzung streben wir die Erschließung neuer Flächen an.

Die CDU Berlin fordert deshalb die Anerkennung der Schaffung und ökologischen Aufwertung von Stadtgärten und Kleingartenflächen als ökologische Ausgleichsflächen bei Infrastrukturmaßnahmen. So setzen wir uns unter anderem dafür ein, dass auf dem Areal des früheren Flughafen Berlin TXL 2000 neue Kleingärten geschaffen werden. Die „Tegeler Stadtgärten“ sollen das Areal im westlichen Bereich des „Masterplans Berlin TXL“ ökologisch aufwerten und der Öffentlichkeit sowie den Berliner Gartenfreunden als Natur- und Erholungsraum zur Verfügung stehen. Wir wollen, dass die konkrete Ausgestaltung der Stadtgärten im Rahmen eines partizipativen Verfahrens unter Einbindung der anliegenden Bezirke, der Interessenvertretungen der Berliner Gartenfreunde sowie der Öffentlichkeit erarbeitet wird. Die Konzeption soll neben einem Anteil von Schulgärten auch Probegärten für Einsteiger sowie ausgedehnte Gemeinschaftsflächen zur öffentlichen Nutzung vorsehen. Zielsetzung der Planung ist es, die Fläche in das Eigentum der zu gründenden Stiftung „Berliner Stadtgärten“ zu überführen.

## **Wirtschaft**

### **1. Wie wird Ihre Partei die lokale, mittelständische Wirtschaft und die Start-Up-Szene in den Pankower Ortsteilen stärker fördern?**

### **Antwort:**

Eine starke Wirtschaft ist Grundvoraussetzung dafür, dass Berlin auch in Zukunft eine lebenswerte und vielfältige Stadt ist.

Die über 100.000 Klein- und Mittelständischen Unternehmen Berlins sind der Motor für die wirtschaftliche Dynamik der Stadt. Sie schaffen Arbeitsplätze und treiben Innovationen voran. Sie bilden aus und engagieren sich in den Kiezen. Mit unserem Entwurf für ein „Berliner Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz“ haben wir als CDU Berlin Verfahren erarbeitet, die einerseits die

Rahmenbedingungen für unsere Klein- und Mittelständischen Unternehmen gewährleisten sowie andererseits Verfahren entbürokratisieren und beschleunigen sollen, um die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern.

Start-Ups sind und bleiben ein wesentlicher Innovationsmotor. In ganz besonderem Maße sind es die Hochtechnologie-Gründungen, die dauerhafte Wachstums- und Beschäftigungseffekte ermöglichen. Entscheidend dafür, dass Berlin seine Rolle als Start-up Hauptstadt verteidigen kann, wird sein, dass dafür zügig die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden: Mehr Wohnraum und Gewerbeflächen, bessere Bildung, eine funktionierende Infrastruktur gerade mit Blick auf die digitale Infrastruktur und eine effiziente Verwaltung sind Grundvoraussetzung für den Verbleib und die Neuansiedlung junger kreativer Unternehmen.

Wir wollen Gründungen vereinfachen. Neben einer „Gründerschutzzone“, die bürokratische und steuerliche Erleichterungen in den ersten drei Jahren umfassen soll – der Gründer soll sich um sein Produkt kümmern und nicht um die Bürokratie –, wollen wir in allen Bezirken die Wirtschaftsförderung in einem „Welcome Office“ zusammenführen, das gerade internationalen Gründern und Fachkräften als Ansprechpartner für alle relevanten Fragen und Behördengänge dient. Sprachkompetenz der Verwaltungsmitarbeiter muss dabei zwingend gewährleistet sein. Wir setzen uns für eine investitionsfreundliche Atmosphäre in Berlin ein und wollen die bestehenden Förderprogramme für Start-ups und KMUs im Hinblick auf die Digitalisierung weiterentwickeln und, wo sinnvoll, neue schaffen. Zudem gilt es, die Vernetzung zwischen Start-ups, traditionellen Unternehmen und Investoren stärker zu fördern.

## **Verkehr**

### **1. Beabsichtigen Sie, Park & Ride-Plätze weiter auszubauen, um z. B. den innerstädtischen Verkehr zu reduzieren?**

#### **Antwort:**

Wir setzen uns dafür ein, die Bedingungen für Pendler deutlich zu verbessern und die Innenstadt gleichzeitig vom Pendelverkehr zu entlasten. Dies soll vor allem durch die Ausweitung des Tarifbereichs AB und durch neue und erweiterte Park & Ride-Angebote erreicht werden. Wir wollen mehr als 10.000 zusätzliche P&R-Stellplätze und Mobilitätszentren an wichtigen Umsteigepunkten einrichten, um Pendlern ein attraktives Angebot zum Umstieg auf den ÖPNV zu bieten - und so dauerhaft für weniger Staus und weniger Stress für alle Verkehrsteilnehmer sorgen.

Gleichzeitig gilt es mit Blick auf die Pendelverkehre und die sich gemeinsam entwickelnde Hauptstadtregion die Planung und Vernetzung mit Brandenburg entschieden voranzutreiben. Wir wollen beispielsweise die Zentren des Landes Brandenburg (Brandenburg/Havel, Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam) noch besser und enger mit Berlin verknüpfen. Dabei setzen wir auf regelmäßige Bahnverbindungen in einem engeren Takt und auf den Ausbau aller Bahnstrecken auf Geschwindigkeiten von bis zu 200 km/h, wo immer dies wirtschaftlich darstellbar ist. Die kreisfreien Städte sollten mehrmals stündlich per Metropolexpress mit Berlin verbunden werden.

**2. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, den ÖPNV insgesamt attraktiver zu machen? Bitte nennen Sie Beispiele, was Sie für geeignete Mittel halten (z.B. engere Taktung, flexiblere/kleinere/größere Einheiten/Trassenerweiterungen o.ä.).**

**Antwort:**

Der Öffentliche Personennahverkehr ist die tragende Säule urbaner Mobilität und zugleich ein identitätsstiftendes Markenzeichen unserer Stadt. Um noch mehr Menschen von den öffentlichen Verkehrsmitteln zu überzeugen, wollen wir die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs vor allem in den Punkten Sicherheit, Sauberkeit und Zuverlässigkeit erhöhen. Die CDU Berlin setzt sich für ein 365-Euro-Ticket ein. Ein Zwangsticket als zusätzliche finanzielle Belastung aller Berlinerinnen und Berliner lehnen wir klar ab. Günstig fahren allein ist aber nicht hinreichend, um die Verkehrssituation in unserer Stadt nachhaltig zu verbessern. Deshalb wollen wir vor allem auch in die Qualität des ÖPNV investieren, um diesen langfristig noch attraktiver zu machen: mit mehr Fahrzeugen für die BVG und einem groß angelegten Ausbau des Streckennetzes. Zur sozial gerechten Finanzierung setzen wir auf Steuern, weil diese sich nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit bemessen. Auch die umfangreichen Mittel des Bundes, die im Rahmen der Regionalisierungsmittel und auf Basis des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes zur Verfügung gestellt werden, müssen voll zur Anwendung gelangen.

Wichtig ist zudem, dass alle Ziele in der Stadt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bequem zu erreichen sind. Denn das mobile Berlin darf nicht am S-Bahn-Ring enden. Auch moderne Ride-Sharing-Angebote sollen zukünftig im ganzen Stadtgebiet verfügbar sein. Ziel muss es sein, dass moderne Mobilitätsformen die bestehende Infrastruktur sinnvoll ergänzen und mit ihr verknüpft werden.

Wir wollen mehr Verkehr auf die Schiene bringen. Durch zusätzliche Kehranlagen, den zweigleisigen Ausbau eingleisiger Strecken und mehr Abstellanlagen wollen wir die Voraussetzungen für Taktverdichtungen und mehr

Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit schaffen. Zwischen 6 Uhr morgens und 22 Uhr abends soll der „Berlin-Takt“ sicherstellen, dass grundsätzlich niemand länger als 10 Minuten auf sein Verkehrsmittel warten muss. Auch in den Randzeiten wollen wir das ÖPNV-Angebot verbessern.

Der Ausbau des Streckennetzes von Regional-, S- und U-Bahn ist für die CDU Berlin von großer Bedeutung. Wir wollen u.a. die Potsdamer Stammbahn und Heidekrautbahn wiederaufbauen, die S75 bis zur Sellheimbrücke und die S5 nach Nauen verlängern und mit der S21 als City-S-Bahn vom Nordring über Hauptbahnhof zum Potsdamer Platz und Gleisdreieck zur Yorckstraße eine zweite Nord-Süd-S-Bahn durch Berlin schaffen. Ebenso wollen wir den U-Bahnausbau kontinuierlich fortsetzen und u.a. die U2 nach Pankow Kirche, die U3 nach Mexikoplatz (und mit Anschluss zur S-Bahn), die U8 bis ins Märkische Viertel und die U7 zum Flughafen „Willy Brandt“ und bis Heerstraße Nord verlängern.

### **3. Wie wollen Sie den Fahrradverkehr attraktiver und sicherer gestalten (z.B. Fahrradstraßen, 2,80 m breite Radwege etc.)?**

#### **Antwort:**

Für die CDU Berlin ist ein bedarfsgerechtes Angebot an gut ausgebauten Fahrradwegen ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität in unserer Stadt. Wir begrüßen, dass das Fahrrad als Verkehrsmittel zunehmend an Bedeutung gewinnt, gerade auch in Berlin. Diesem Bedeutungszuwachs wollen wir gerecht werden und das Fahrrad besser fördern, unter anderem mit sanierten und verbreiterten Radspuren, der Trennung von Rad- und Autoverkehr, Sonder-Ampelschaltungen für Fahrradfahrer, einer ausreichende Zahl von Fahrradstellplätzen und grünen Wellen für Fahrradfahrer in geeigneten Seitenstraßen.

Kreuzungen mit Abbiegeverkehren sind Gefahrenschwerpunkte für Radfahrer. Wir wollen hier für mehr Sicherheit sorgen, zum Beispiel durch Umbaumaßnahmen, der intelligente Vernetzung bestehender Infrastruktur, getrennte Ampelphasen oder vorgezogene Haltelinien. Auch sogenannte Leitboys und Bike-Flashes können an Gefahrenschwerpunkten die Sicherheit erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, möglichst schnell alle LKW mit Abbiegeassistenten auszurüsten. Auch Konflikt- und Unfallzonen beispielsweise an Bushaltestellen wollen wir entschärfen.

#### **4. Wollen Sie innovative Verkehrskonzepte wie E-Carsharing fördern?**

**Antwort:**

Für eine moderne Großstadt Berlin bietet die Sharing Economy große Potenziale. Gerade auch in den Außenbezirken besteht ein großes Umsteigepotential vom Auto auf andere Verkehrsträger. Doch in den Außenbezirken gibt es kaum Sharing-Angebote. Wir setzen uns dafür ein, dass moderne Ride-Sharing-Angebote nicht nur in der Innenstadt, sondern in ganz Berlin verfügbar sind.

#### **5. In welchem Umfang wollen Sie die Anzahl der Ladestationen für E-Mobilität erhöhen?**

**Antwort:**

Um mehr elektrische Mobilität im Straßenverkehr zu ermöglichen, ist eine leistungsfähige Ladeinfrastruktur nötig. Hier müssen die verschiedenen Technologieansätze zum Laden der Fahrzeuge im Hinblick auf die verschiedenen Anwendungsfälle und Ladebedarfe sinnvoll kombiniert werden. An zentralen innerstädtischen Orten wollen wir e-charging and storage hubs für Elektromobile vorhalten. Außerdem soll das Berliner Stromnetz durch den Einsatz von innovativer Batteriewechseltechnik im Dual-Use-Verfahren entlastet und stabilisiert werden. Bei der Ladeinfrastruktur haben wir jedoch auch die Außenbezirke im Blick. Wo dies baulich möglich ist, setzen wir uns dafür ein, Ladesäulen über Solarzellen z.B. auf den Dächern von Bürogebäuden zu versorgen. Außerdem soll bei allen Neubauvorhaben der städtischen Gesellschaften die Ladeinfrastruktur mit eingerichtet werden. Durch eine Änderung der Bauordnung soll so bei der Errichtung von Parkplätzen und Garagen eine Verpflichtung zum Einbau von Leerrohren umgesetzt werden. Die CDU Berlin setzt sich auch dafür ein, dass Laternen und Parkscheinautomaten auf Antrag von Anwohnern als Ladepunkte für E-Fahrzeuge eingerichtet werden. Unser Ziel ist es, binnen fünf Jahren zusätzliche 10.000 Ladepunkte an Laternen einzurichten.

Außerdem wollen wir in Berlin modellhaft eine Tankstelle der Zukunft realisieren. Hier sollen E-Lade-Stationen, Swapping-Stationen für den Batteriewechsel, Wasserstoffbetankung und fossile Brennstoffe zusammen berücksichtigt werden.

**6. Welche sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten konkreten Maßnahmen, um den Verkehr in den Pankower Ortsteilen nachhaltiger zu gestalten und z.B. die Belastung mit Stickoxiden und Feinstaub zu reduzieren?**

**Antwort:**

Nachhaltige Verkehrspolitik muss auf Grundlage einer aktuellen Datenlage und einer Modellierung des Verkehrs erfolgen. Das fehlt in Berlin bisher völlig. Wir wollen ein solches Verkehrsmodell für die Stadt, in das aktuelle Verkehrsdaten eingepflegt werden. Damit lassen sich nicht nur aktuelle Verkehrsströme detailliert darstellen, sondern insbesondere auch Zukunftsszenarien modellieren und prognostizieren. Dies ist auch eine wichtige Entscheidungshilfe bei der Priorisierung von Ausbauprojekten.

Wir arbeiten auf eine intelligente, beeinflussbare und flexible Verkehrssteuerung hin. Die Digitalisierung wird uns helfen, Verkehre effizienter zu gestalten, das Verkehrsaufkommen besser zu steuern und so Umweltbelastungen zu reduzieren. Weniger Lärm und Abgase in der Stadt bedeuten mehr Lebensqualität für die Berlinerinnen und Berliner.

Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, auf Hauptstraßen kombinierte „Grüne Wellen“ einzuführen, um Ampelphasen zu verlängern, Abbiegevorgänge zu vereinfachen und den Verkehr besser fließen zu lassen. Intelligente Alternativroutensteuerung und verkehrsabhängige Ampelschaltungen müssen ebenfalls genutzt werden. Darüber hinaus ist es zwingend notwendig, die Baustellen besser zu koordinieren.

Das Prinzip der Bündelung von Durchgangsverkehren ist sinnvoll und schafft die Möglichkeit stadtverträglicher Gestaltung entlasteter innerstädtischer Straßen. Der Nordostraum Berlins leidet unter fehlenden tangentialen Verbindungen. Wir fordern deshalb eine Autobahnanschlussstelle Karow/ Buch an die BAB A10, Verbindungsstraße zwischen Karow und der B2 für Quell- und Zielverkehre sowie eine Verbindungsstraße zwischen der Ortsumfahrung Malchow (B2) und der BAB A114 am Feuchten Winkel.

In besonders schadstoffbelasteten Stadtgebieten wollen wir schadstoffreduzierende Beschichtungen einsetzen, bei denen durch physikalische Reaktionen binnen einer Stunde mindestens 4 mg Stickoxid pro Quadratmeter abgebaut werden können. Diese Technologie kann nicht nur als Straßenbelag, sondern unter anderem in Schallschutzwänden zum Einsatz kommen.

## **Bildung**

**1. Umweltbildung muss bereits in Schulen und Kindergärten beginnen. Wie setzen Sie sich dafür ein? Wie wollen Sie die Einrichtung von Schulgärten befördern? Welche Funktion weisen Sie den Kleingärten in der Natur- und Umweltbildung zu?**

**Antwort:**

Die CDU Berlin steht für die Stärkung der Umweltbildung in den Berliner Schulen. In allen Berliner Schulen sollen zudem Schulgärten angelegt und die bestehenden erhalten werden. Damit soll an jeder Schule die Möglichkeit für direkte und praktische Umwelt- und Naturbildung bestehen. Daneben wollen wir eine Unterrichtsreihe zum Verhältnis zwischen Mensch und Natur aus unterschiedlichen Perspektiven in die Lehrpläne aufgenommen werden. Diese Unterrichtsreihe soll fächerübergreifend in Biologie, Politik und Ethik durchgeführt werden, um die Umwelt- und Klimakompetenz der Schülerinnen und Schüler zu stärken.

**2. Wie kann sichergestellt werden, dass die Infrastruktur der Bildung zum Thema „Digitalisierung“ ausgebaut und abgesichert wird? Welche zusätzlichen Anstrengungen müssen unternommen werden, um die rasanten Prozesse der gesellschaftlichen Digitalisierung in Schulen voranzubringen?**

**Antwort:**

Das Leben unserer Kinder und Jugendlichen hat durch die Digitalisierung in den letzten Jahren einen tiefgreifenden Wandel erfahren. Die Ausstattung in den Berliner Schulen hält jedoch mit dem digitalen Wandel schon seit vielen Jahren nicht Schritt. Dies hat uns nicht zuletzt die Corona-Pandemie auf eindringliche Weise vor Augen geführt. Allein die Einrichtung der digitalen Infrastruktur an unseren Schulen sorgt jedoch noch nicht für besseren Unterricht und digitale Bildung. Erst wenn die drei Faktoren pädagogisches Konzept, gut ausgebildete Lehrkräfte und zeitgemäße Ausstattung der Schulen ineinandergreifen, kann die Digitalisierung unserer Schulen gelingen und für den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen einen echten Mehrwert haben. Es muss ein Ruck durch unser Bildungssystem gehen.

Ziel der CDU Berlin ist es, eine zeitgemäße und digitale Ausstattung aller Schulen – von der Grundschule bis zu den berufsbildenden Schulen – zu sichern. Dazu gehört vor allem der Anschluss aller Berliner Schulen an das Breitbandnetz. Dazu gehört für uns aber auch eine auskömmliche Ausstattung mit IT-Experten, die den Schulen bei der Konzeption und Standardisierung der internen Netze und Server, ihrer professionelle Pflege und der damit verbundenen Schaffung einer sicheren, digitalen Lernumgebung zur Verfügung



stehen. Dass wie heute eine Informatiklehrkraft neben dem regulären Unterricht noch die Schul-IT pflegt, muss der Vergangenheit angehören. Denkbar sind Kooperationen mit IT-Studiengängen, damit sich Studierende schon während ihres Studiums als Systemadministratoren einbringen können oder eine Zusammenarbeit mit freien IT-Dienstleistern.

Auch bei der digitalen Bildung wollen wir Chancengerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler schaffen. Weder der Einsatz digitaler Medien im Unterricht noch die Möglichkeit zur digitalen Teilhabe dürfen allein und ausschließlich vom Engagement der Schulleitung, einzelner Lehrkräfte oder gar dem finanziellen Status des Elternhauses abhängen.

Die Versorgung aller Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten ist die Voraussetzung für die Teilhabe am digitalen Unterricht. Deswegen soll jede Schülerin und jeder Schüler entweder ein eigenes Gerät besitzen oder ein Leihgerät erhalten können. Eine einheitliche Hard- und Software erleichtert Wartungsaufwand und verringert Kosten. Dafür wollen wir eine zentrale Administrationsstelle mit angemessener Personalausstattung am IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) schaffen, die nicht nur die Wartung der Endgeräte übernehmen soll, sondern auch zu Remote-Support befähigt werden muss, damit Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer bei der Bedienung der Leihgeräte unterstützt werden können. Eine E-Mail-Adresse für jede Lehrerin und jeden Lehrer gehört ebenso selbstverständlich dazu.

Ziel der CDU ist es, eine homogene IT-Struktur für alle Schulen in Berlin zu schaffen. Dafür wollen wir eine neue, einheitliche Berliner Schulcloud für alle Schulen in Berlin – auch Schulen in freier Trägerschaft - einrichten, die virtuelles Lehren und Lernen ermöglicht. Die Berliner Schulcloud muss DSGVO-konform sein, damit sie eine sichere Datenschuttlage für Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern bieten kann. Hierfür wollen wir beim IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) einen entsprechenden Stellenaufbau in die Wege leiten, um Administration, Wartung und Entwicklung der Berliner Schulcloud zentral durchzuführen. Langfristig wollen wir die Berliner Schulcloud zur Bildungscloud Berlin weiterentwickeln, in der sich alle Berlinerinnen und Berliner miteinander vernetzen können. Sie soll die Lernplattform für alle Bildungsbereiche, von der Grundschule über die Hochschule bis hin zur Fort- und Weiterbildung, sein.

Darüber hinaus brauchen an unseren Schulen eine neue Unterrichtskultur. Digitale Bildung bedeutet für uns nicht: „E-Book statt Schulbuch“, „Maus statt Stift“ oder „Bildschirm statt Tafel“. Im Gegenteil: Neue Lernformen und digitale Methoden können den klassischen Unterricht nie ersetzen, ihn aber bereichern. Unser Anspruch ist es, digitale Lernumgebungen sinnvoll in den Unterricht

einzubinden und dadurch die Gestaltungsmöglichkeiten des Unterrichts zu erweitern. Der klassische Präsenzunterricht kann so dauerhaft durch Lernvideos, Kommunikationstools, interaktive Arbeitsblätter oder räumlich unabhängige Lerngruppen ergänzt werden. Durch die Ausstattung eines jeden Schulraums mit einem Smartboard, das auch für Videoübertragungen geeignet ist, wollen wir das Lernen in „hybriden Klassenräumen“ möglich machen. Darüber hinaus soll es an jeder Schule mindestens ein „Virtual Reality Labor“ geben, in dem Schülerinnen und Schülern mit Hilfe von Augmented-Reality-Brillen Lehrinhalte, wie z.B. Molekülstrukturen oder chemische Verbindungen, anschaulich und nahezu greifbar visualisiert werden können. So werden wir auch mehr Begeisterung für MINT-Berufe wecken.

Wir wollen, dass die jungen Berlinerinnen und Berliner schon im Kindesalter den richtigen Umgang mit digitalen Angeboten erlernen. Dazu gehört für uns der souveräne Umgang mit Technik und Lerninhalten ebenso wie fundiertes Wissen um die Möglichkeiten und Risiken digitaler Techniken. Unsere Kinder sollen im Laufe ihrer Schullaufbahn nicht nur altersgerecht Grundlagen des Programmierens in entsprechend verpflichtenden Einführungs- und später auch Wahlpflichtkursen erwerben, sondern auch das lernen, was Computer nicht können: Fragen stellen, abwägen und kritisch urteilen. Darüber hinaus müssen unsere Kinder in den Schulen besser auf Chancen und Risiken im Umgang mit digitalen Medien vorbereitet werden. Dafür wollen wir das bestehende Mediacurriculum aktualisieren und konkretisieren. So sollen alle Schülerinnen und Schüler befähigt werden, konstruktiv und kritisch mit digitalen Medien umzugehen.

Die CDU Berlin fordert weiterhin, dass die Möglichkeiten, Chancen und Risiken des digitalen Lernens fester Bestandteil der Lehreraus- und -fortbildung werden müssen. Deshalb wollen wir eine Qualitätsoffensive für (zukünftige) Lehrerinnen und Lehrer entwickeln, um der Medienbildung mehr Raum in der Lehrerbildung zu geben. Besonders wichtig ist für uns dabei die Aufnahme bzw. der Ausbau eines pädagogisch sinnvollen, fächerübergreifenden Einsatzes digitaler Medien in den Lernprozess. Selbiges gilt für die Vermittlung digitaler Medienkompetenz in den Studiengangs- und Ausbildungscurricula sowie Prüfungsordnungen von Lehrkräften und pädagogischem Personal im frühkindlichen, schulischen sowie Aus- und Weiterbildungsbereich. Darüber hinaus wollen wir die Lehrkräfte in unserer Stadt im Rahmen obligatorischer Angebote so fortbilden, dass sie die digitalen Möglichkeiten nutzen und Bildung noch attraktiver vermitteln können. Durch den Einsatz von Lernplattformen sollen Lehrerinnen und Lehrer außerdem das individuelle Feedback für die Schülerinnen und Schüler optimieren und so selbstständiges Lernen fördern können.

### **3. Wie gestalten Sie das Politikfeld Bildung mit Blick auf die Themen „Demokratiestärkung“, „Digitalisierung“ und „Diversität“ in der kommenden Legislaturperiode?**

#### **Antwort:**

Bildung umfasst neben der Vermittlung von Fähigkeiten und Fachwissen auch die Herausbildung einer individuellen Persönlichkeit mit einem eigenen Wertefundament auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes und des Grundgesetzes. Gerade in einer Metropole wie Berlin mit seiner heterogenen Gesellschaft aus vielen Nationen und Religionen brauchen junge Menschen heute Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Hierfür muss grundsätzlich das Elternhaus die Basis legen, aber auch die Schule muss dazu beitragen, dass unsere Kinder zu mündigen, urteilsfähigen und wertorientierten Mitgliedern unserer Gesellschaft heranreifen.

Die Bereitschaft vieler Menschen in unserer Stadt, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und Gemeinsinn zu zeigen, gründet in der Orientierung an Werten. Diese sind häufig auch Ausdruck einer persönlichen Glaubensüberzeugung und Weltanschauung. Deshalb fordert die CDU Berlin, dass der Religions- und Weltanschauungsunterricht seinen festen Platz in der Schule hat und ein Wahlpflichtfachbereich Religion/Ethik eingeführt wird. Hierzu muss konsequenterweise auch staatlich kontrollierter Islamunterricht gehören.

### **4. Wie sollte der Bezirk Initiativen und Bildungsmaßnahmen zum Thema klimaverträglicher Ernährung und Landwirtschaft in Schulen u.a. Bildungseinrichtungen in besonderer Weise unterstützen und fördern? Sehen Sie Möglichkeiten, Kleingartenvereine stärker in zukunftsfähige Konzepte einzubinden?**

#### **Antwort:**

Die CDU Berlin steht für die Stärkung der Umweltbildung in den Berliner Schulen. In allen Berliner Schulen sollen zudem Schulgärten angelegt und die bestehenden erhalten werden. Damit soll an jeder Schule die Möglichkeit für direkte und praktische Umwelt- und Naturbildung bestehen. Daneben wollen wir eine Unterrichtsreihe zum Verhältnis zwischen Mensch und Natur aus unterschiedlichen Perspektiven in die Lehrpläne aufgenommen werden. Diese Unterrichtsreihe soll fächerübergreifend in Biologie, Politik und Religion/Ethik durchgeführt werden, um die Umwelt- und Klimakompetenz der Schülerinnen und Schüler zu stärken.

Darüber hinaus soll es breit angelegte Aufklärungskampagnen in Kitas, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen zu der Frage geben, was jeder Einzelne zu

einer nachhaltigen Stadt beitragen kann. Für öffentliche Kindergärten werden wir Bildungspatenschaften anstreben, um Gärten im Sinne der Biodiversität zu gestalten und Bildungspakete zur Natur in der Stadt mit Experten zu erstellen und zugänglich zu machen.

## **Abschlussfrage**

**Welche grundlegend neuen Ideen haben Sie für die gesellschaftliche Entwicklung? Was sind Ihre Visionen einer grünen, umweltfreundlichen, lebenswerten Stadt?**

### **Antwort:**

Angesichts globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung gilt es, unsere Lebensgrundlagen und die Entwicklungschancen nachfolgender Generationen zu schützen. Metropolen wie Berlin kommt in diesem Kontext eine besondere Verantwortung zu: Hier werden intensiv Ressourcen verbraucht, hohe Emissionen erzeugt und oft auch die Umwelt stark belastet. Die urbane Kreativität und Innovationskraft unserer Stadt bietet aber gleichzeitig beste Voraussetzungen, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Wir wollen Berlin zu einem Vorbild entwickeln, das national und international beispielhaft zeigt, wie sich (Groß-)Städte vor dem Hintergrund des Klimawandels erfolgreich verändern können.

Wir wollen Berlin zur Umweltmetropole Europas machen. Berlin hat sich dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden. Dieses ambitionierte Ziel können wir nur gemeinsam mit der gesamten Stadtgesellschaft erreichen. Wir sind der Überzeugung, dass die Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit nicht in Verbot und Rückschritt, nicht im Gegeneinander von Ökologie und Ökonomie und nicht in der Mehrbelastung von Bürgerinnen und Bürgern liegt. Wir sind der Überzeugung, dass es die Innovation ist, die uns voranbringt, das Miteinander, die richtigen Anreize und die gemeinsame Anstrengung. Wir stehen für eine natur- und sozialverträgliche Politik, bürgernah, technologieoffen, mit einer leistungsfähigen Wissenschaft und einem starken Mittelstand. Fortschritt und Technologie sind die Mittel, um Wirtschaft und Umweltschutz in Einklang zu bringen. Wo andere mit Klimaschutz vor allem Vorschriften und Verbote verbinden, sehen wir vor allem Chancen für die innovativen Unternehmen unserer Stadt und zukunftssichere Jobs. Deshalb folgen wir dem Leitbild einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft und werden so dafür sorgen, dass unsere Stadt nachhaltig lebenswert bleibt.